

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 4 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 8/6,  
und durch Kolportage zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen M. 2.50,  
frei ins Haus M. 2.02,  
wo keine Post am Orte. W. 1. 3. 34.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessante  
Beträge für die einmonatige  
Kolonne über deren Stamm  
25 Pfennige,  
für Arbeitsmarkt, Verrechnung und  
Berufungs-Anzeigen  
15 Pfennige,  
Kundliche Inserate 35 Pf.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Donnerstag 5 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 219.

Breslau, Dienstag, den 19. September 1911

22. Jahrgang.

## In Wien ist Blut geflossen!

Ein Silbrieff aus Wien meldet uns:

In Ottakring, einem Wiener Proletarierbezirk, ist heute Blut geflossen. Das Militär hat auf eine demonstrierende Menge zwei Salven abgefeuert. Die Zahl der Opfer ist im Augenblick noch nicht genau bekannt. Gerüchte erzählen von drei Toten und vielen Verwundeten. Bisher beglaubigt ist nur, daß ein Mann getötet und 50 Personen schwer verletzt sind.

Die belagerten Ereignisse haben sich folgendermaßen abgepielt.

Vormittags fand auf dem großen Platz vor dem Rathaus eine Kundendemonstration als Protest gegen die Lebensmittelteuerung statt. Von fünf Tribünen wurden Reden gehalten. Der ungeheure Platz war dicht besetzt. 100 bis 150.000 Menschen waren angelammelt. In großen Zügen kamen die Arbeiter aus den Bezirken auf den Rathausplatz. Die Stimmung der Massen war ungeheuer erregt. Die Teuerung hat die Arbeiterschaft bis in die tiefsten Tiefen aufgewühlt.

Die Drohungen, die der Ministerpräsident Baron Gautschi in der Obmannkonferenz am Freitag ausgesprochen hatte, er mühe vor den Folgen warnen, wenn die Grenzen des Gesetzes oder der öffentlichen Ordnung überschritten würden, hatte die Erregung in den Massen noch gesteigert. Die Wiener Arbeiterschaft leidet unter der Teuerung aller Bedarfsartikel weit mehr als die Bevölkerung irgend einer Stadt und die Teuerung der Lebensmittel wird noch durch einen unerhörten Wohnungswucher empfindlich gemacht. Hunderte von Arbeitern in jedem Bezirke können keine Wohnung finden, weil die Hausherren die Mieten immer mehr erhöhen und weil an Arbeiter mit mehreren Kindern Wohnungen überhaupt nicht mehr vermietet werden.

Immer lauter erklingt der Schrei der Verzweiflung aus den Reihen der Arbeiterschaft. Es ist geradezu eine Hungersnot, die die Arbeiterschaft zur Verzweiflung bringt, umso mehr, da Regierung und Kommunalverwaltung nichts zu deren Milderung tun.

Als die Massen heute zum Rathaus zogen, hatte die Regierung nichts Besseres zu tun, als ihnen durch ein kolossales Polizeil- und Militärabgebot zu demonstrieren, daß es ihr mit ihren Drohungen ernst sei. Schon gestern hatte man mitgeteilt, daß Militär Bereitschaft haben werde. Und heute früh waren nicht weniger als 5 bis 6000 Mann Infanterie — zum größten Teil böhmische, also der deutschen Sprache gar nicht mächtige Soldaten — und 1500 Bersätkene — Ulanen, Dragoner und Husaren, wieder größtenteils nichtdeutsche Soldaten — auf der Straße. Das Militär war nicht etwa an verletzten Plagen untergebracht, sondern so, daß die über die Ringstraße gehenden Massen die Soldaten sehen mußten: auf dem Schillerplatz, vor dem Burgtor, beim Maria-Theresien-Denkmal und hinter dem Burgtheater.

Diese Maßnahmen waren nicht darnach angetan, und offenbar auch nicht bestimmt, die Stimmung zu beruhigen. Die Reden — es sprachen unter anderen Schumacher, Bernerstorfer, Ellenbogen, Winarsky, Leutner, Glöckel, Neumann, Skaret — wurden mit stürmischen Zwischenrufen aufgenommen. Alle Redner bemühten sich, die Massen zu beruhigen. „Lasset Euch nicht provozieren! Lasset Euch nicht bewegen, die Demonstration etwa in einen Kampf mit den Polizisten umzuwandeln; die hungern wie Ihr! Gehet nach der Versammlung ruhig nach Hause!“ Als die Versammlung zu Ende war und drei Trompetenschläge ankündigten, daß nun der Einmarsch beginne, wollten die Massen nicht vom Platze weichen. Die Erregung war zu groß und immer wieder hörte man die Rufe: „Generalstreik!“ Die Vertrauensmänner bemühten sich, die Massen wegzubringen, es gelang nur sehr langsam. Um 1/11 Uhr war die Versammlung zu Ende, aber erst um 1/12 Uhr war der große Rathausplatz leer.

Aber immer wieder sammelten sich in der Nähe des Rathauses Gruppen, die stürmisch demonstrieren. An der Ecke der Bellaria, gegenüber dem Burgtor, kam es durch irgend einen Zufall zu einer Demonstration. Militär kam herbei, Steine wurden geworfen, Stöße geschwungen. In dem Hause, wo sich der Verwaltungsgerichtshof befindet, ebenso im Justizpalast und in den Nachbarhäusern wurden zahlreiche Fensterscheiben eingeschlagen. Hier wurden die Abgeordneten Forstner und David, die die Massen zu beruhigen trachteten, selbst durch Stöße und Steine verwundet. Auf dem Heidentisch und auf der Freitreppe in der inneren Stadt kam es ebenfalls zu bedrohlichen Zusammenstößen. Das Militär wollte dort den Zugang zum Ministerium des Innern und zum Kriegsministerium, wo man Demonstrationen befürchtete, verhindern. Im letzten Augenblick gelang es den Vertrauensmännern, einen blutigen Zusammenstoß zu verhindern und die Massen abzulenkten. Auser war es beim Parlament und besonders beim Rathaus, wo sich die Massen immer wieder sammelten und, durch die herausragenden Mienen aufs äußerste erregt, zahlreiche Fensterscheiben einschlugen. Das Militär übernahm gegen die Demonstranten, die sich mit

Stichwaffen wehrten. Ebenso erging es an anderen Stellen der inneren Stadt, so auf dem Mühlenterrug, ebenso dann auf der Verchenfelderstraße, durch die die Ottakringer Arbeiter heimzogen.

Die Erregung der Massen wuchs immer mehr, je öfter sie mit den Soldaten zusammentrafen. Zu einer förmlichen Schlacht kam es dann in Ottakring selbst, in der Nähe des Arbeiterheimes, wo das Militär eine neuerliche Ullade unternahm. In der Herbsstraße — angrenzend an die sogenannte „Schmelz“ — geschah das Gräßliche. Bosniaken — böhmische Infanteristen — gingen mit gefälltem Bajonett gegen die Massen los. Wieder löste ihnen der Ruf entgegen, der den Soldaten überall entgegenstieß: „Ihr hungert doch ebenso wie wir!“ Aber sie verstanden es nicht.

Ein Arbeiter, der zwanzigjährige Eisendreher Otto Prochenberger, wurde von einem Offizierskadetten mit dem Bajonett in die Brust gestochen und verschied in einem Kaffeehaus, wohin er dann getragen wurde. Der Kadett wusch das Blut vom Bajonett mit dem Handschuh ab. Die fünfzehnjährige Hilfsarbeiterin Emilie Schmiede, die aus Neugierde auf die Straße gegangen war, wurde durch einen Schenkelschuß schwer verletzt. Ein Schuß in den Bauch traf den Arbeiter Franz Joachimshaler und verletzte ihn lebensgefährlich. 50 Verwundete liegen im Wilhelminen-Spital.

Die Demonstrationen dauerten am Abend noch fort.

Ein bürgerliches Telegramm von Sonntag mittag hatte noch gemeldet:

### Die Wiener Demonstration.

Bisher ist die von den Sozialdemokraten vor dem Rathaus veranstaltete Demonstration wegen der Lebensmittelteuerung ohne besonderen Zwischenfall verlaufen. Die Teilnahme ist eine in Wien noch nicht dagewesene. Die Zahl der in der Umgebung des Rathauses befindlichen Menschenmasse kann auf mindestens dreihundert Millionen geschätzt werden. Alle Zugänge zur Hofburg, den Ministerien und öffentlichen Gebäuden sind durch Rote Ardenas von Polizei und Kavallerie abgesperrt; in den Kasernen steht die übrige Garnison in Bereitschaft.

### Die Fanfaren von Jena.

„Deutsche Tageszeitung“ und „Tägliche Rundschau“ übernehmen sich fast bei der Verunglimpfung der Jenaer Tagung — das deutsche Proletariat kann also mit seinem Parteitag zufrieden sein. Wenn Agrarier und Mittelklasse in Wut geraten, sind die Vertreter einer wirklichen Volkspartei allemal auf dem rechten Wege, denn unverständlich stehen sich die Forderungen der Arbeiterklasse und die Ansprüche der Junkerreligie gegenüber. Deutschlands Arbeiter hätten diese indirekte Beweisführung allerdings nicht gebraucht, die Verhandlungen selbst lösten bei ihnen die höchste Befriedigung aus. Mögen die Geister in den ersten Tagen auch etwas hart auf einander geplakt sein, das schmälert den gewaltigen Eindruck nicht, den die Kundgebungen des Parteitages gegen den blutigen Krieg der Völker, aber für den geistigen Kampf des Volkes hervorriefen. Ihrer Wucht und Eindringlichkeit konnte sich die gesamte Öffentlichkeit nicht entziehen, und spaltenlang berichteten die Organe aller Parteien über die Verhandlungen, die den Blick der politischen Welt auf sich zogen. August Bebel, den lange Krankheit sich hinderte, seinen gewohnten Platz einzunehmen, trat wieder an die Spitze der roten Armee und schlug mit schlagfertiger Sicherheit dem Feinde die rostigen Waffen aus der Hand, während er die Begeisterung der Kampfgenossen zu lodrender Blut anfaschte. Mit seinem Gefühl hatte er herausgefunden, worauf die Gegner es mit ihrer Kriegshetze und ihrer Landesverrats-Verdächtigung gegen die Sozialdemokratie abgesehen hatten, und neben dem unerschütterlichen Willen des deutschen Proletariats zum Frieden proklamierte er die Abwehr gegen den patriotischen Bluff, mit dem die Wähler im Januar 1912 wieder eingewickelt werden sollten. In alter Rücksichtslosigkeit und Schärfe zeichnete er im Referat über die bevorstehenden Wahlen die innerpolitische Situation, den Zusammenbruch des ruhmlosen Hottentottenbundes, die Zerfahrenheit der Gegner und den neuen Stimpfang, der am Volke unternommen wird. Nur wenn jeder, aber auch jeder der unseren auf seinem Posten steht und sichts, kann der Optimismus sich als berechtigt erweisen, der hier und da aus unserem Lager gedöhrt wird. Nur keine Siegesstichelei, nur die Arbeit verbürgt den Erfolg, nur sie führt zu dem Ziele: möglichst viele Mandate und möglichst viele Stimmen. Auch über die Stichwahlparole entspann sich nur eine unwesentliche Debatte. Der Wunsch, vor allem die Art an den blau-schwarzen Bloch zu legen, läßt unsere Bedingungen an den gegenrätischen Stichwahlkandidaten sehr bescheiden erscheinen, nicht einmal die ohnehin sehr problematischen Gegenleistungen werden verlangt. Behalt Bearbahrung stellt diese Be-

scheidenheit klar: Wahrenthaltung ist mitten in dem Schlachten doch nicht durchzuführen, und schließlich ziehen wir das kleinere Uebel ja nur um unserer selbst willen vor, nicht aus Liebe zu irgend einem fragwürdigen Liberalen. Diese Beweisführung schlug durch. Niemand machte den ernstlichen Versuch, hier eine Verschärfung der Bedingungen durchzuführen.

Vielleicht daß die negativen Erfolge bei der Vorstandsarbeit und bei der Verschärfung der Marokko-Resolution diese Seite zurückgehalten hat, das ausschließliche Spiel noch einmal aufzunehmen. Hatte doch der Parteitag in beiden Fällen, wie auch bei der kurzen Beratung des württembergischen Parteikonflikts deutlich genug zum Ausdruck gebracht, daß jetzt nicht die Zeit sei, irgendwelchen Eigenbrödelereien und Eigenstimmigkeiten Spielraum zu gewähren, sondern daß jetzt alles auf eine geschlossene Stellungnahme nach außen ankommt. Diese Geschlossenheit wurde sowohl für die Wahlen als gegen die Kriegshetze erreicht; die betreffenden Resolutionen fanden die einhellige Zustimmung des Parteitages.

Aus den Debatten um den Vorstandsbericht ging als praktisches Resultat die Einsetzung einer Reorganisationskommission hervor, und bis sie ihre Arbeiten beendet hat, ist für eine Verstärkung des Vorstandes gesorgt; die Genossen Otto Braun-Königsberg, bisher Mitglied der Kontrollkommission, und Scheidemann werden die Reihe der Parteisekretäre verstärken. Als Vorsitzender der Partei aber wird neben dem alten Uebel eine „jüngere Kraft“, Genosse Hugo Haase-Königsberg, fungieren, der ja keinen ernsthaften Konkurrenten mehr neben sich sah, nachdem Ebert seine Wahl abgelehnt hatte. Genosse Haase ist weiten Kreisen der Partei als ein äußerst eifriger, geschickter und opferwilliger Parteifreund bekannt, der mit seiner ganzen Person in unserer großen Sache aufgeht, und in seinem Wohnort eine Achtung genießt, die weit über den Rahmen der Partei reicht. Als schwarzer Punkt seiner Parteitätigkeit wird allerdings seine Mitwirkung an der häßlichen „Nachtstung“ in Magdeburg empfunden, doch hat schon Uebel darauf hingewiesen, daß man den sonst so konzilianten Charakter nicht nach einem solchen Zwischenfall beurteilen darf. Und wir glauben, Genosse Haase weiß es selbst, genau genug, daß er nun Vorsitzender der Gesamtpartei geworden ist, nicht irgend einer gemäßigten, radikalen oder überradikalen Richtung, und er wird seinen Stolz darein setzen, diese Partei unzerklüftet, einig und geschlossen zu führen. Gelegenheit dazu wird ihm neben anderem vielleicht der etwas überreife Beschluß zur Maisfeier geben, den der Jenaer Parteitag fasste, und der hier und da sehr leicht zu Zerwürfnissen führen kann.

Alles in allem können wir also sagen, daß wir zu denen gehören, die auf den Parteitag 1911 mit Befriedigung zurückblicken. Besonders seine bedeutenden Referate werden wie Fanfaren durchs Land klingen und rings im Kreise neue Kämpfer wecken.

### Politische Uebersicht.

#### Graf Posadowsky über das Wesen der Klassenkämpfe.

In den kommenden Wahlkämpfen wird der Sozialdemokratie von gedankenlosen Gegnern gewiß wieder der Vorwurf gemacht werden, daß sie es sei, die den Klassenkampf entfesselte. Namentlich die Liberalen pflegen es ja der Sozialdemokratie als Todsünde anzurechnen, daß sie eine Partei des Klassenkampfes ist. Eine etwas tiefere Einsicht in das Wesen und die Notwendigkeit von Klassenkämpfen hat der frühere Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky befunden, als er am 3. September bei der Eröffnung der zweiten internationalen Konferenz für Sozialpolitik in Dresden ausführte:

Es liegt in der Menschennatur, daß jeder seine äußere Lage verbessern will. Die gute Seite dieses Strebens ist, daß der wirtschaftliche und technische Fortschritt, wenn auch nicht immer der Gütliche, gehoben wird. Und wo immer Individuen sich zu gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen vereinigen, da entsteht Klassenkampf und Klassenkämpfe.

Es ist nicht zum erstenmal, daß sich Graf v. Posadowsky den durch das Ausprechen solcher einfacher Erkenntnisse, die eigentlich jedem Gebildeten geläufig sein sollten, nichtig macht. Hat er doch zur Zeit, da er noch im Amte war, von der Sozialdemokratie gesprochen als einer „Arbeiterpartei“, die „Rechte der Arbeiter vertritt“, hat er doch den Bestehenden vorgehalten, daß ihr Besitz zwar eine Annehmlichkeit aber keine Tugend sei und sogar das Wort gesagt: „Wer dafür kämpft, den Massen Leben und Gesundheit zu erhalten, der kämpft für die Stärke und Zukunft unseres Vaterlandes“. Für solche und ähnliche Mißetaten ist er ja dann auch durch seine Amtsenthebung gedührend bestraft worden.

Auf das Urteil des Grafen Posadowsky wird sich die Sozialdemokratie auch jenen Gegnern gegenüber berufen können, die er so spärlichen, als sei an dem Vorhandensein von Klassenkämpfen bloß die sozialdemokratische Bosheit schuld. Klassenkämpfe ist etwas Natürliches, Notwendiges, Unver-







Parteiangelegenheiten.

Ein Hilferuf der perfischen Sozialisten.

Durch Vermittelung des russischen Delegierten Lenin wendet sich das Zentralkomitee der perfischen Sozialdemokratie an das Internationale Bureau mit einem Hilferuf gegen die vom russischen Parteiismus in holdem Verein mit der liberalen englischen Regierung betriebene Raubpolitik gegen Persien.

Praktische Arbeit der Sozialdemokratie. Aus Dresden wird uns gemeldet: Die sozialdemokratische Fraktion des Stadtverordnetenkollegiums brachte folgende Motionsanträge ein: 1. Wegen der Teuerung.

Die soziale Arbeit der Sozialdemokratie. Aus Dresden wird uns gemeldet: Die sozialdemokratische Fraktion des Stadtverordnetenkollegiums brachte folgende Motionsanträge ein: 2. Wegen der Wohnungsnot.

Elise Schweichel, die Witwe Robert Schweichels, des Dichters und hochverdienten Vorkämpfers unserer Partei, beging am 17. September in Schöneberg bei Berlin ihren 80. Geburtstag.

Ist ihr leidenschaftliches Interesse am Wohl und Wehe der Sozialdemokratie durch all die Jahrzehnte ihrer Parteimitgliedschaft geblieben bis auf den heutigen Tag.

Arbeiterbewegung.

Das Ende der Metallarbeiterbewegung in Leipzig. Laut Abstimmung einer Versammlung der streikenden und ausgesperrten Arbeiter der Leipziger Selbstmetallindustrie ist der Streik beendet.

Zigarettenarbeiterbewegung. Die Zigarettenfabrikanten des Kreises Wiedenbrück (Westfalen) kündigten am 2. September den freierwerbenden Arbeitern, um sie am 18. auszusperrern, weil Differenzen, die mit der Firma Eberhard Datz in Rheda bestanden, nicht beigelegt werden konnten.

Zur Lohnbewegung im Leipziger Lithographie- und Zieldruckgewerbe. Die Verhandlungen mit dem Schutzverband Deutscher Steindruck-Verleger, die zur Beilegung der Differenzen in Leipzig am 15. September im Papierhause in Berlin geführt wurden, sind scheitert wegen mangelnden Entgegenkommens der Unternehmer.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. September.

Geschichtskalender.

19. September.

- 1802 Der ungarische Freiheitskämpfer Kossuth \*. 1846 Der Vater Eduard Steinle †.

Teuerungsintrag.

Die sozialdemokratische Fraktion der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung hat heute folgenden Antrag beim Vorstande einereicht:

- Wir beantragen, den Magistrat zu ersuchen: 1. Bei der Reichsregierung die freie Einfuhr aller Futtermittel, die Befreiung der Einfuhrschneide und die Öffnung der Grenzen für Vieh zu beantragen, 2. einen eigenen Verkauf von Fleisch und Kartoffeln durch den städtischen Verkaufsvormittel einzurichten, 3. den städtischen Arbeitern und Handwerkern eine Teuerungszulage zu gewähren und die Armegeelder zu erhöhen.

Die Reservisten.

Wenige Tage noch, dann heißt es Parole „heimat“ für etwa 250.000 junge Männer, die zwei oder drei Jahre in der „Kriegskolonie“ waren, um das Kriegshandwerk zu erlernen.

Stadt-Theater.

„Lauhäuser“ von R. Wagner.

Wie üblich, wurde auch die diesjährige Opernsaison mit dem „Lauhäuser“ eröffnet. Ein gut besetztes Haus erwies am Sonntagabend die guten geübten Mitglieder unseres Opernensembles, Frau Lorentz-Wieber, deren sehr sympathische Venus auch diesmal voll befriedigte, Fräulein Wolter, sowie die Herren Witzekopf, Trostorf und Becker.

„Carmen“ von G. Bizet.

Die Sonntag-Vorstellung war weniger gut besucht, die Anwesenden folgten aber nicht mit ihrem Beifall. In die Reihen der bereits bekannten Vertreter der Hauptpartien trat Fräulein Emle als Micaela und Herr Perper als Escamillo neu ein.

brutales Drauflosgehen und ein Stimmprohementum. Die Art seines Singens ist ziemlich gewöhnlich, zumal das von wirklichem Gesang weit entfernte Perausstößen der Takt- und Zeilenanfänge.

Lobe-Theater.

Sommersput.

Ein frohliches Spiel in 4 Akten von Kurt Hiller. Studentenkomödien, Studentenschauspiele und dito Operetten, das sind so auf dem modernen Bühnenmarkt die neuesten Artikel.

Kasernen zieht, ganz können sie vom wirklichen Leben nicht abgeschlossen werden. Sonntags, wenn die Jügel der Militärgewalt nur ein klein wenig gelockert sind, dann sehen wir, wie sich die Jünger des Mars unter das „Freiwillig“ mengen und von dessen Gedanken und seinem Tun und Treiben beeinflusst werden.

Da geht in vielen jungen Herzen eine Wandlung vor sich. Vor allem sind es die Söhne des platten Landes, die neue Eindrücke erhalten, neue Ansichten von der Welt und den Menschen, die mit den alten so gar nicht übereinstimmen.

Ist dann die Dienstzeit zu Ende, so bleiben eben die meisten der Reservisten ihrer engern Heimat fern und versuchen, in den Fabriken und Werkstätten anzukommen, die ihnen ein lohnenderes Brot versprechen.

Der Reservist, der bereits vor der Militärzeit den Weg in die Organisation gefunden hat, wird sich sofort wieder an sie wenden und dann so unterstützt werden, als hätte er die Militärdienstzeit nicht unterbrochen.

Die jungen Männer, die noch vor kurzem unter der Dabur standen, werden von gar vielen Seiten beobachtet. Nicht zu vergessen sind die Kriegervereine, die alle ehemaligen Soldaten in ihre Recke ziehen möchten.

Welt verbreitet ist die irrtümliche Ansicht, daß die Reservisten, selbst nachdem sie Arbeit gefunden haben, monatelang von Beamten- und Staatssteuern befreit sind.

Sollte die Quittungskarte während der Dienstzeit in Unordnung gekommen oder gar verloren worden sein, so muß der Inhaber sofort zur Polizei gehen, wo ihm auch die zwei oder drei Jahre als Vertragsjahre becheinigt werden.

Nicht zuletzt muß sich der junge Krieger die Frage vorlegen, ob er gesund ist und nicht eine Militärente verfangen soll, weil er eine Dienstbeschädigung erlitten hat.

Anstoß an dem ungenierlichen Betragen der neuen Kommissionen und sogar die feudale Marciomannenverbindung ist in ihrer echt „teutschen“ Moral aufs tiefste verletzt worden, dadurch, daß der junge Student in Couleur die Nächte mit „solchem“ Weib verbummelt.

Über die Sache geht ihren Gang. Die ganze Spießergeliebte republik räumt das moralische Niedergang und dem Brittanadel wird die Sache lanaweilig. Sie will den Weg beenden, die gelehrteten Moralserge und Wächtergerne aber vorher noch kräftig ärgern.

Über die Leistung der Schauspieler könnte man im allgemeinen zufrieden sein. Nur wirkte leider Fräulein Oberhauzer, die wir vor einigen Jahren am Breslauer Schauspielhaus kennen lernten, wenig überzeugend in ihrer Rolle.









## Der Städtetag über die Arbeitslosenversicherung.

Je freier von Sorgen die Arbeiter sind, und je mehr freie Zeit sie haben, desto weniger wird die Allgemeinheit einen Nutzen von ihnen haben. — Die „Kreuzzeitung“, die diese herrschaftliche Ausbentelehre dem Deutschen Städtetag auf den Weg zu seiner Debatte über die Arbeitslosenversicherung mitgab, würde sich das schöne Verständnis vielleicht gespart haben, hätte sie im Voraus gewußt, welchen Verkauf die Verzerrung nehmen, und welche Rolle insbesondere der Frankfurter Oberbürgermeister Adickes in ihr spielen würde.

Herr Adickes bereitet der Welt mit jeder neuen Gelegenheit, bei der er in die Öffentlichkeit tritt, neue Niedertraktionen. Dieser bürgerliche Sozialpolitiker von einst verfaßt mit jedem Male mehr in den Ton und die Mäßen eines regelrechten Reaktionsärs — so ängstlich zeigt er sich bemüht, sein grüßliches Niveau dem der preussischen Ministerbank anzupassen. Man glaubt nicht mehr den Adickes von früher zu hören, sondern einen neuen Adel Dued mit etwas Eagen Richterlichem Einschlag, wenn der Frankfurter Oberbürgermeister gegen „sozialistische Irrlehren“, „kommunistische Wirrkas“ banteri und davel jonar „ne große Wort waal: „Die dauernde Unterdrückung (oder Arbeitslosen) bedeutet einen Umsturz der wirtschaftlichen Ordnung.“

Die anwesenden Bürgermeister und bürgerlichen Stadtverordneten, die die erdrückende Mehrheit der Versammlung bildeten, spendeten Herrn Adickes bei diesen Worten körnischen Beifall. Aus den Millionen der Arbeiter aber, die die Bevölkerung unserer deutschen Großstädte bilden, wird das Echo ganz anders klingen, und die Schlussfolgerungen, die da aus der oberbürgermeisterlichen Voraussetzung gezogen werden, werden ganz anders lauten, als jene des Redners selbst. — Wenn die dauernde Unterdrückung der Arbeitslosen wirklich, wie Herr Adickes sagt, den Umsturz der wirtschaftlichen Ordnung bedeutet, wenn also diese Ordnung nur auf dem Hungerzustand der industriellen Heerarmee beruht, was verbietet dann diese Ordnung anderes als den schrecklichen Umsturz?

In Wirklichkeit ist es aber nur eine billige Phrase, die das Frankfurter Stadtoberhaupt da gebraucht hat. Die Arbeitslosenversicherung liegt zwar, das soll keinen Augenblick geleugnet werden, in der Richtung sozialistischer Politik, aber die Säulen der kapitalistischen Ordnung werden — leider! — noch lange nicht einfließen, wenn den Arbeitslosen aus öffentlichen Mitteln die Möglichkeit gewährt wird, mit Mühe und Not das nackte Leben zu fristen. Die Redensart vom Umsturz der wirtschaftlichen Ordnung wird uns von den Antisozialpolitikern immer wieder vorgelesen, wenn eine soziale Reform gefordert wird, die ihnen nicht in ihren monarchistischen oder scharfmacherischen Kram paßt. Mit dieser billigen Redensart haben die Bamberger und Richter seinerzeit das ganze System der Arbeiterversicherung bekämpft, als deren geistigen Urheber sie, um die Sache zu diskreditieren, den „Umstürzler“ Weber bezeichneten. Bei jeder Arbeiterchutz-Vorlage, zuletzt bei der Forderung der Lohnämter für die Hausarbeiter, hat man den Koffendruck vom obliegenden Umsturz wieder gehört, geistreicher ist er aber durch die Wiederholung nicht geworden, und sachlich zutreffender auch nicht. Zudem Herr Adickes sich ihn aneignete, hat er auf dem Altar des Vaterlandes ein Opfer des Intellekts gebracht.

Das Reich soll sich der Arbeitslosen-Versicherung annehmen, sagt Herr Adickes. Irgend die Leitsätze. Schön, die Sozialdemokratie befreit keinen Augenblick, daß dieses große Problem eine Sache des Reiches ist, und wenn im nächsten Reichstag einige Duzend Sozialdemokraten mehr sitzen, wird wohl ein tüchtiger Fortschritt in dieser Richtung nicht ausbleiben. Aber die Forderung der Reichs-Arbeitslosen-Versicherung bedeutet im Munde der Herren Bürgermeister — unter denen die Herren Wallerstein und Dominicus-Schöneberg wohlklingende Ausnahmen bilden — etwas ganz anderes, als im Munde der Sozialdemokratie. Für jene ist die Bejahung nichts weiter als eine Form der Verneinung, und wenn gefordert wird, das Reich solle sich der Sache annehmen, so heißt das nur: Aber uns bleibt damit hübsch vom Leibe!

Als eine Empfehlung der Reichs-Arbeitslosen-Versicherung wird man die Rede des Herrn Adickes auf keinen Fall auffassen dürfen, man muß vielmehr darauf gefaßt sein, daß sich die Gegner dieses sozialpolitischen Fortschritts im Reich auf den Frankfurter Herrn berufen werden. Zu diesen Gegnern gehören aber auch der jetzige Reichskanzler Herr v. Bethmann-Hollweg; er hat die Arbeitslosen-Versicherung von Reichs wegen glatt abgelehnt, wie Herr Adickes wohl bekannt sein wird. Den Arbeitslosen, die sich an das Reich wenden, um Brot für ihre hungernden Kinder zu erhalten, wird gesagt: Die Städte sollen helfen! Wenden sie sich aber an die Städte, so heißt es dort: Das Reich soll helfen! Man schickt sie von einem Haus zum andern, aber der Effekt ist stets derselbe, überall finden sie verschlossene Türen und zugeknöpfte Tassen.

So muß das Spiel, das mit der Arbeitslosen-Versicherung getrieben wird, auf die Arbeitermassen höchst aufreizend und erbitternd wirken. Die Massen wissen, daß sie vor der Gefahr einer wirtschaftlichen Krise stehen; für jeden Einzelnen kann der drohende Rückgang der Konjunktur zur Katastrophe werden. Millionen und Abermillionen der Bevölkerung sind an der Frage der Arbeitslosigkeit mit Leib und Leben interessiert. Wenn sie jetzt erfahren, daß die Rathen von Deutschen Städtetagen

abermals mit leeren Händen zu ihnen kommen, dann muß sie Groll und Ingrimm erfassen, dann müssen sie sich wieder einmal sagen, daß sie von der Einsicht der herrschenden Klassen nichts zu erwarten haben, daß sie sich auf nichts und niemanden verlassen können, als auf ihre eigene wachsende Macht. Für die unschuldigen Opfer einer verkehrten wirtschaftlichen Ordnung muß gesorgt werden, und sollte dabei diese Ordnung nach der schauerlichen Prophezeiung des Frankfurter Katastrophensehers wirklich zugrunde gehen, zum Teufel mit ihr!

## Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Jena, 16. September 1911.

### Sechster Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort **Webel**: Ich habe gestern der Weimarer Zeitung abschließliche Verdrückung meiner Worte vorgelesen. Das Blatt teilt mir mit, daß sie die betr. Stelle einer als durchaus zuverlässig bekannten Korrespondenz entnommen habe. Es heißt in der Aufschrift: „Sollten wir nicht über worden sein, woran wir nach Ihren Worten von gestern nicht zweifeln, so müssen wir doch den Herrn... abschließlicher Verdrückung zurückweisen. Den wahren Wortlaut Ihres Vortrages werden wir selbstverständlich nach veröffentlichten.“ Von einer abschließlichen Verdrückung kann danach allerdings keine Rede sein.

Darauf wird die Beratung der sonstigen Anträge fortgesetzt.

### Klara Zetlin begründet folgenden Antrag:

Der Parteitag anerkennt die Notwendigkeit dem Ausbau der Parteisekretariate erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, entsprechend dem gesteigerten Leben der Partei und seinen vermehrten Anforderungen an diese Institute. Als Mittel zum Zweck erachtet er neben der materiellen Verbesserung der leitenden Sekretäre die gute technische Ausgestaltung der Sekretariate und die Anstellung weiterer Kräfte. In Weimar, wo es von Bedeutung ist, daß breite proletarische Massenmassen agitatorisch erfasst und den Organisationen ihrer Klasse zugeführt werden, sollte außer dem leitenden Sekretär eine Sekretärin tätig sein.

Nach dieser habe feinerer persönliches Interesse an dem Antrag, ich habe keine Tochter die Parteisekretärin werden könnten und kann einen Eidswur ablegen, daß ich es nie zur Schwägermutter eines Parteisekretärs bringen werde (Beifall). Es wird aber heute mit der Kraft der Parteisekretäre ein Aufbau getrieben, den niemand von uns will und den die Partei in ihrem ursprünglichen Interesse entgegenzusetzen müßte. (Sehr richtig!) Es wäre sehr wünschenswert, wenn noch vor den Wahlen den hier gegebenen Anregungen Folge gegeben werden könnte. (Bravo!)

**Rüssel-Beilage:** Diese Frage ist nicht in den letzten Minuten des Parteitages zu erledigen, es muß das Sache der Bezirke i. e. A. sein. Wir haben noch in einer Sitzung bereits eine Ausdrucks darüber geführt, in welcher Weise eine Ausgestaltung der Sekretariate möglich ist. Der Parteivorstand wird sich mit der Sache zu befassen haben. Besonders heftig ist die Frage, ob auch Genossinnen angestellt werden sollen. Es kommt bei Besetzung dieser Stellen nicht darauf an, ob Mann oder Weib, sondern allein auf die Persönlichkeit. (Sehr richtig!) Ich bitte, den Antrag der Kommission zur Reorganisation des Parteivorstandes als Material zu überweisen.

Der Antrag Rüssel wird angenommen. Weiter wird folgende von Rüsselrecht begründete Resolution mit großer Majorität angenommen.

Der Parteitag nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den neuen

### Attaken des eidbrüchigen Jariemus

gegen das finnische Volk. Er brandmarkt die unter dem Vorwande strategischer Notwendigkeiten begonnene Zerstückelung Finnlands als einen Akt unverhüllter Vergewaltigung und durch die russische Regierung ihre bisherigen Injambien gegen das finnische Volk noch übertrumpft.

Der Parteitag spricht der tapferen finnischen Bruderpartei und dem gepemigten finnischen Volke im Namen des kämpfenden deutschen Proletariats seine herzlichsten Sympathien aus und das Gelobnis der Unterstützung in den schweren Kämpfen, die das finnische Volk, geführt von dem finnischen Proletariat, gemeinsam mit dem russischen Proletariat zur Niederwerfung des Jariemus durchzukämpfen hat.

### Den Bericht der

### Beschwerdekommision

erstattet nunmehr **Haus**, Hannover. Der Genosse Henseleit war wegen ehrlicher Handlungen in Verbindung mit Gewalttätigkeiten auf Antrag des Vereins Danzig ausgeschlossen. Die Tatsachen sind unbestritten. Das Schiedsgericht hat sonderbarer Weise nur eine Mütze erteilt. Die Kommission beantragt den Ausschluß zu beschließen.

Weiter hatte der Friseur Rebele in Augsburg gegen den Genossen Kollwagen schwere Anschuldigungen ehrenwärtiger Natur erhoben, die sich als Kollwagen flacht, vor Gericht als haltlos erwiesen. Vor einem Schiedsgericht nahm Rebele die Vorwürfe mit Bedauern zurück, widerholte sie aber gleich darauf in einer Wertschrift. Man wolle von einem Ausschluß seitens des Schiedsgerichts absehen, wenn Rebele sich verpflichtete, in Zukunft solche Vorwürfe zu unterlassen. Rebele lehnte das ab. Die Kommission beantragt daher, seinen Einspruch gegen den erfolgten Ausschluß zu verwerfen.

Diese beiden Anträge der Kommission werden ohne Debatte angenommen.

**Berichterstatter Haus:** Der Geschäftsführer der Grobrentausgenossenschaft, Abteilung Berlin, Genosse Doyne, hat angeblich aus Verärgerung aus dem Geschäft ausgeschiedenen Angehörigen Zeugnisse ausgestellt, die den Betroffenen das Fortkommen erschwert. Er hat außerdem an Firmen telephonische Auskünfte erteilt, die mit den Zeugnissen nicht übereinstimmen. Das bürgerliche Gericht, das die Betroffenen anrufen, hat ihn zur Ausstellung neuer Zeugnisse verurteilt. Von der Parteimitting zur mündlichen Ausdrucks aufgefordert, hat er es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Daran wurde ein Ausschlußverfahren anhängig gemacht, aber da ehrliche Motive nicht angenommen wurden, nur die allerbärmliche Mütze erteilt. Die Kommission ist einmütig der Ansicht, daß diese Handlungsweise Doyne schon vom rein menschlichen Standpunkt aus durchaus verwerflich ist und daß er als Angehöriger einer Genossenschaft und als Parteigenosse noch viel weniger so handeln dürfte. Sie hat aber nicht verkannt, daß eine Stellung, wie die von ihm bekleidete, manchmal zu recht schwierigen Situationen führt. Daher beantragt die Kommission es bei dem Schiedsgerichtsurteil, also bei der allerbärmlichsten Mütze bewenden zu lassen.

**Müller-Berlin** erläuterte einen Antrag von Berlin 6, auf Ausschluß Doyne zu erkennen.

Der Antrag der Doyne-Kommission wird angenommen.

**Berichterstatter Haus:** Es haben dann noch einige Parteigenossen sich an den Parteitag gewandt, die teils überhaupt nicht, teils mangelhaft den am 1. Mai verdienten Arbeitslohn an die Parteikasse abgeführt haben. Sie führen als Grund Vorlage an. Trotzdem sind sie ausgeschlossen worden und wollen nun wieder aufgenommen werden. Die Kommission konnte sich mit dieser Angelegenheit nicht befassen, weil keinerlei Aktenmaterial vorlag. Außerdem ist den Betroffenen das Urteil noch nicht zugestellt.

Der Parteitag nimmt diese Erklärung entgegen. Nunmehr wird das Resultat der Wahlen mitgeteilt:

Zu Vorsitzenden der Partei sind gewählt: **Rebel** mit 390, **Hause** mit 283 Stimmen. Außerdem hat erhalten **Gertz** 102 Stimmen. Zum Kassierer ist **Gertz** mit 392 Stimmen gewählt. Als Schriftführer sind gewählt **Braun-Königsberg** mit 373, **Gertz-Berlin** mit 379, **Mollenhuth** mit 389, **Hermann Müller-Berlin** mit 379, **Wannkuch** mit 390 und **Scheidemann-Kassel** mit 355 Stimmen, als Beisitzerin **Luise Zieg** mit 389 Stimmen.

Zu die Kontrollkommission sind gewählt: **Raden-Tredden**, **Wol-Gotha**, **Erm-Berlin**, **Brühne-Frankfurt a. M.**, **Zimmer-München**, **Wol-Flensburg**, **Klara Zetlin**, **Stübbe-Hamburg** und **Hengsbach-Köln**.

**Kaden:** Ich habe Ihnen einen Antrag der Kontrollkommission zu unterbreiten. Durch die vorgenommenen Vorstandswahlen ist es notwendig geworden, auch die Gehaltsfrage der Sekretäre ins Auge zu fassen. Die Neugewählten müssen infolge der Wahl aus Zielungen anscheiden, in denen sie sich materiell besser fanden, als in dem neuen Amt. Wir können ihnen aber schrecklich zumuten, sich in ihren Einkommensverhältnissen zu verschlechtern. Deshalb beantragt die Kontrollkommission, das Gehalt der Neugewählten auf 500 Mark festzusetzen und diesen Beschluß auch auf die alten Sekretäre und auf den Kassierer auszudehnen, welche jetzt ein Gehalt von 4500 Mark beziehen, also alle im Gehalt gleichzustellen.

Der Antrag der Kontrollkommission wird ohne Debatte angenommen.

Ein Antrag Köln, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages das Verhältnis der

### Beibaenamen zur Sozialdemokratie

zu sehen, wird dem Parteivorstand zugewiesen.

Anträge zum Ort des nächsten Parteitages liegen aus **Dessau** und **Chemnitz** vor.

Es wird beschlossen, den nächsten Parteitag in **Chemnitz** abzuhalten.

**Vorsitzender Doyne:** Damit sind die Geschäfte des Parteitages beendet. Ich danke zunächst den Jeneren Parteigenossen herzlich für die viele Mühe und Arbeit, die sie geleistet haben, für die erbebende Empfangsfeier, die manifikanten Darbietungen am Donnerstag und vor allem für das originale Marktstück, wie es ähnlich kaum in einer anderen Stadt Deutschlands gefeiert werden könnte. (Beifall.) Die meisten Parteigenossen werden die Jeneren Genossen um das Maß der politischen Freiheit beneiden, das sie genießen. (Sehr wahr!) Die Verhandlungen des Parteitages standen unter einem guten Stern. Sie sind erledigt worden, daß wir alle mit dem Ergebnis zufrieden sein können. (Zustimmung.) Ich doch unter heftigster Mühe in Erfüllung gegangen, die Partei bei den heran nahenden Kämpfen in geschlossener Reihe zu sehen, besetzt von dem Mut und der Zuversicht, stetig daraus hervorzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorstandsbereich hat uns gezeigt, daß die getroffenen Vorbereitungen derartig sind, daß sie den Sieg verbürgen, daß nichts unterlassen worden ist, was uns irgendwie in dem Glauben daran erschüttern könnte. (Beifall.)

Es ist beinahe unmöglich, es allen recht zu machen. Das hat der Parteivorstand in der Kritik seiner Tätigkeit erfahren müssen. Aber er wird auch die Benützung erhalten, daß der Parteitag einmütig ihm sein Vertrauen ausdrückt für die zielbewußte Leitung der Parteigeschäfte. (Bravo!)

Sowohl der parlamentarische Bericht wie der Bericht über die Reichsverfassungsordnung, der dem ersten ergänzend zur Seite trat, geben uns ein Bild von der inneren Kraft und dem Willen der Partei, unabhängig den Kampf für die Interessen des Proletariats und der nicht leitenden Klassen zu führen. Aber sie geben uns auch ein Bild von den Mächten, die sich dem Drängen des Volkes nach Freiheit, Brot und Bildung entgegenstellen. Sie zeigen uns ganz deutlich, daß ein Partieren mit diesen Mächten unmöglich ist, daß sie zu Boden gerungen werden müssen, wenn der Kulturfortschritt nicht gehindert werden soll. (Erneuter Beifall.) Die Richtlinien des Kampfes sind in der Resolution zum parlamentarischen Bericht niedergelegt, die in niedrigen Kreisen des deutschen Volkes mit wahrer Begeisterung entgegengenommen ist. Die Resolution atmet Kampf und Empörung gegen das blutfaugereiche System der herrschenden Klassen und gegen die Unfähigkeit oder den bösen Willen der Regierung, der Not des Volkes abzuhelfen.

Einen Glanzpunkt unserer Verhandlungen bilden die beiden Referate unseres großen, aber noch immer jugendlich empfindenden **Rebel**. (Lebhafter Zustimmung.) Er hat den Jünger in die Wundmale unseres ganzen Gesellschafts- und Regierungssystems gelegt, und damit hat er nicht nur Deutschland, sondern der ganzen Welt einen großen Dienst erwiesen. (Lebhafter Zustimmung.) Sie weiß jetzt, wo die Irdenstürzen liegen, die mit dem Gut und Amt der Väter in unverantwortlicher Weise umgehen. Sie weiß aber auch, daß es nur eine Macht gibt, die dieses Treiben rückhaltlos kennzeichnet und bis aufs Messer bekämpft. Und diese Macht ist die Sozialdemokratie nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt, die wie keine andere politische Partei, ganze Arbeit machen will, und ganze Arbeit machen wird. (Zürnische Zustimmungskundgebungen.)

Wir werden in den nächsten Tagen in der bürgerlichen Presse allerlei Betrachtungen lesen über unsere Verhandlungen. Sie werden vielfach nicht schmeichhaft sein. Man wird ganz besonders auf unsere inneren Streitigkeiten verweisen und daraus den Schluß ziehen, daß es mit unserer Einigkeit nicht allzuweit her sei.

Wie wenig kennen die anderen Parteien, und besonders die liberalen Parteien, die Sozialdemokratie und ihr inneres Wesen. Gerade in den Streitigkeiten offenbart sich unsere Stärke, denn sie sind der Ausdruck eines regen politischen Lebens in unserer Nation und bilden in keiner Weise eine Störung unserer geeinigten Einigkeit. (Sehr wahr!) Die Einigkeit der bürgerlichen Parteien, auch der Liberalen, ist dagegen höchst problematisch. Auf Schritt und Tritt kann man den Liberalen den Verrat an ihren Prinzipien nachweisen. (Sehr wahr!) und ganz besonders ihr schwaches Rückgrat. Im Dienst der Freiheit geht sie höchstens bis an die Knöchel ins Wasser und dann wondiglich noch in wasserbüchigen Tiefseln. (Heiterkeit.) Um sich nicht zu erkälten. (Erneute Heiterkeit.) Wenn der Demokrat Uland einfließt:

Der Dienst der Freiheit ist ein schwerer Dienst, Er trägt nicht Gold, er trägt nicht Fürstengummi, Er bringt Verbannung, Hunger, Schmach und Tod, Und doch ist dieser Dienst der höchste Dienst!

so denken die aufrechten Liberalen fast ausnahmslos: es ist ein wahres Glück, daß wir es nicht mehr nötig haben; diesen Dienst besorgt jetzt die Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Und so ist es auch!

